

Mitteilungen

des

Oberösterreichischen Landesarchivs

14. Band

Beiträge zur Neueren Geschichte

Festschrift für Hans Sturmberger
zum 70. Geburtstag

Linz 1984

INHALTSVERZEICHNIS

Aufsätze

Antimachiavellismus im Italien des 16. Jahrhunderts Von Heinrich Lutz	5
Die Städtepolitik Kaiser Maximilians I. Von Hermann Wiesflecker	13
Petrus Julianus – Daten und Hintergründe eines Verrates (1524/26) Von Gerhard Rill	27
Leonhard Käser – Ein oberösterreichischer Blutzeuge für Martin Luther Von Friedrich Hausmann	47
Ursprünge und Strömungen des Täufern in Österreich Von Grete Mecenseffy	77
Die Beschwerden der oberösterreichischen Bauern 1511/12 und 1525 Von Alois Zauner	95
Ein Kärntner Fideikommiß von 1589 und seine Folgen Von Wilhelm Neumann	123
Die oberösterreichischen Taidinge als Quellen zur Geschichte der Reformation und Gegenreformation Von Helmut Feigl	149
Der „Familienstreit“ zwischen Reichsstadt und Stift Kempten Von Bernhard Zittel †	177
Aus dem (zerstreuten) Archiv der Stadt Enns Von Walter Goldinger	197
Die fürstlichen Residenzherrschaften Eisenstadt und Forchtenstein Von August Ernst	209
Matthias Archidux Austriae Von Georg Wacha	231
Wallenstein als Feldherr Von Hans Schmidt	241
Zum „Absolutismus“ Ferdinands II. Von Adam Wandruszka	261
Ständischer Widerstand und Unterwerfung. Erasmus von Starhemberg und seine Rechtfertigungsschrift (1621) Von Georg Heilingsetzer	269

Zur Geschichte des Raitkollegiums der oberösterreichischen Landstände Von Gerhard Putschögl	291
Beiträge zur Geschichte der Enenkel-Bibliothek Von Kurt Holter	305
Österreich und die Osmanen im Dreißigjährigen Krieg. Hermann Graf Czernins Großbotschaft nach Konstantinopel 1644/45 Von Georg Wagner	325
Kremsmünster und das Türkenjahr 1683 Von P. Benedikt Pitschmann	393
Die nordische Stiftung in Linz Von Johann Rainer	413
Zur Gründung der Linzer Freimaurerloge zu den Sieben Weisen Von Gerald Fischer-Colbrie	423
Prolegomena zum Denkmalschutz im alten Österreich Von Norbert Wibiral	437
Das Welser Kaiser-Joseph-Denkmal und die Frühgeschichte des Parteiwesens in Oberösterreich Von Harry Slapnicka	449
Professoren und Dozenten aus dem Lande Österreich ob der Enns an der Universität Innsbruck 1818–1918 Von Franz Huter	465
Rezensionen	477



W. HOFRAT HON. PROF. DR. HANS STURMBERGER

DIE STÄDTEPOLITIK KAISER MAXIMILIANS I.*

Von Hermann Wiesflecker

Maximilian gilt in der Literatur als großer Freund der Bürger und der Städte. Das mag im allgemeinen gelten; im Einzelnen wird man dieses Urteil öfter einschränken müssen, sowohl für die Reichsstädte, als auch – und dies noch mehr – für die landesfürstlichen Städte in Österreich.

Seit 1489 wurden die Städte regelmäßig den Reichstagen beigezogen. Maximilian hat diese Entwicklung zweifellos gefördert, denn vorzüglich von den Städten war Reichshilfe in barem Geld zu erwarten. Eine „modernere“ Form der Geldsteuer, wie sie die meisten europäischen Staaten längst besaßen, schien auch für das Reich unumgänglich, weswegen man die Städte nicht mehr entbehren konnte. Die Reichstage wurden ebenso wie Landtage zu „Geldtagen“. Die Städte erhielten aber keineswegs volle Gleichberechtigung zugestanden, sie besaßen nur eine mehr formale Reichsstandschaft; die eigentliche Entscheidungsgewalt lag bei Kurfürsten und Fürsten.

Die Kaiser waren seit alters bemüht, die freien Reichsstädte gegen die Fürstenstaaten zu erhalten. Sie erreichten allmählich einen hohen Grad politischer Selbständigkeit, indem sie von aller fürstlichen Oberherrlichkeit freiblieben, selbst eine Art Landeshoheit ausbildeten und unmittelbar dem Kaiser unterstanden, wenn es ihnen auch nicht gelang, größere reichsstädtische Territorien auszubilden wie etwa die italienischen Stadtstaaten. Aber die Auflösung des Reiches in getrennte, völlig selbständige Fürstenstaaten konnten sie doch verhindern. Über das ganze Reich verteilt, haben gerade die Städte das Bewußtsein der Einheit und der Zusammengehörigkeit erhalten – am besten dort, wo das Reich am stärksten zersplittert war:

* Obiges Thema wird im letzten Band meines Maximilian-Werkes viel ausführlicher dargestellt und eingehend dokumentiert werden. Außer der reichen Spezialliteratur zur Geschichte der deutschen Reichsstädte und der österreichischen Städte dieser Zeit, konnte vor allem bisher unbekanntes Material, Urkunden, Akten, Registerbücher, Raitbücher etc. der maximilianischen Registratur und natürlich auch die oft recht ergiebigen Chroniken der deutschen Städte verwertet werden. Daher darf ich mir hier eine Dokumentation ersparen, die im Hinblick auf die reichlich vorhandenen Literaturen und Quellen doch ganz unzureichend bleiben müßte.

im Bereich des Schwäbischen Bundes. Der enge Anschluß an Kaiser und Reich war und blieb für die Reichsstädte eine Überlebensfrage. Aber Städtebünde – etwa gegen die Fürsten – um sich zu sammeln, ließ sich Maximilian niemals einfallen. Der Schwäbische Bund war bekanntlich eine Friedenseinung aller Stände.

Für eine Reichsreform, Landfrieden, Sicherung der Handelsstraßen, Kammergericht, gutes Regiment, bewiesen die Städte größtes Verständnis. Die Reichssteuer aber erschien ihnen als lästiges Servitut. Erzkanzler Berthold, der wohl wußte, daß eigentlich nur die Städte für Bargeldsteuern unmittelbar und ausgiebiger herangezogen werden konnten, weil alle anderen Steuerquellen von den Landesfürsten ausgeschöpft wurden, zeigte sich gerade um die Städtevertreter auffallend bemüht und versuchte, auf den Reichstagen auch ihre besonderen Wünsche und Sorgen zu berücksichtigen. Manche Polizeivorschriften der Reichsabschiede, die Marktgesetze gegen Weinverfälschung, Tuchstreckerei und die wiederholten, wenn auch vergeblichen Bemühungen um eine reichseinheitliche Münze, entsprangen wohl vorzüglich stadtbürgerlichen Anregungen. Als Kaufleute unterstützten sie auch Bertholds Widerstand gegen auswärtige Kriege, die ihre Handelsbeziehungen – etwa mit Venedig – störten. Aber die Reichsreform setzte sich über die Anliegen der Städte fast ganz hinweg.

Natürlich stand die Reichssteuer im Mittelpunkt der städtischen Kritik. Die Bürger hatten nur geringes Verständnis dafür, mit ihren Steuern auswärtige Unternehmungen oder Feldzüge zu unterstützen, wenngleich sie für den Ausbau der eigenen Stadt, ihrer Dome, Rathhäuser und Befestigungen nicht nur eine bewundernswerte Spendefreudigkeit, sondern auch hohen Kunstsinn bewiesen. Sie sorgten teilweise vorbildlich für ihre Kranken und Armen, für Schulen, Spitäler und Armenhäuser, aber für die große Reichspolitik außerhalb ihrer Mauern hatten sie begreiflicherweise wenig übrig. Zu deutlich fühlten sie, daß die Fürsten den größten Teil der Steuerlast auf die Städte abwälzten. So entfielen vom Konstanzer Anschlag des Jahres 1507 auf die Städte ein Sechstel der zu stellenden Reiter, ein Viertel der Fußknechte und mehr als ein Viertel der Bargeldleistungen. Wie sehr sie sich auch dagegen wehrten, niemals vermochten sie diese höchst ungleiche Zuteilung der Steuerlast zu ändern. Das einzige, was sie durchsetzten: daß die Städtekurie ihre Zahlungen im geschlossenen Verband, gemeinsam leistete, um dem Reichstag näheren Einblick in die Finanzkraft der einzelnen Städte zu verbergen.

Trotz heftigen Widerstandes gegen die ungerechten Steueranschlätze gehörten die Städte neben den Prälaten doch zu den fleißigeren Steuerzahlern und wurden daher als Brut- und Legehennen goldener Eier vom Kaiser besonders geschätzt, obwohl er sonst für stadtbürgerliche Autonomien nicht viel übrig hatte. Wenn die Reichssteuer lässig oder gar nicht einkam, so pflegte sie der Kaiser einfach bei den größeren Handelsstädten durch Anleihen vorweg aufzunehmen, diese Anleihen aber auf die Steuer sicherzustellen. Nicht zu unterschätzen waren die ordentlichen Jahressteuern

der Reichsstädte, die allerdings samt und sonders längst verpfändet waren. Aber trotz aller kaiserlichen Geldforderungen lebte es sich doch besser als Reichsstadt unter dem Kaiser, denn als Landstadt unter einem Landesfürsten.

Maximilian hat den Bürgerstand – oft freilich nur äußerlich – in einer Weise geehrt, wie das in älteren Zeiten nicht üblich war; er galt als besonderer Freund der Bürger, reichte den Stadtvätern die Hand zum Gruß, tauschte mit ihnen Späße, lud sie zum Tanz auf das Rathaus oder zum Schießen auf die Festwiese; er tanzte mit ihren Frauen und Töchtern und machte deren Modebedürfnis manches Zugeständnis, das der Standesunterschied oder die gute Sitte bis dahin verboten hatten. Die Kaiser hatten bisher unterwegs lieber in Schlössern, Adelshäusern oder Klöstern Wohnung genommen; Maximilian dagegen stieg gern in den Städten ab und wohnte in Bürgerhäusern, was als besondere Auszeichnung galt. Die Städter holten ihn mit dem „Traghimmel“ ein, reichten ihm ansehnliche Geschenke, meist einen mit Geld gefüllten goldenen Becher; große Städte verehrten ihm bedeutende Summen. Stets gab es einen Ochsen für den Hofzug, meist auch besondere Leckerbissen und feine Weine für die kaiserliche Tafel. Die Gegengaben waren weit bescheidener. Diese Art „Gastung“ hat die kaiserliche Kammer spürbar entlastet.

Der Kaiser hatte unter den Bürgern gute Freunde, wie den Fugger, Peutingger, Pirckheimer, Brant u. v. a. Man nannte ihn gern den „Bürgermeister von Augsburg“, ein Name, dessen er sich selber rühmte. Sogar der König von Frankreich meinte einmal, der „Bürgermeister von Augsburg“ sei jedesmal zu fürchten, wenn er die Sturmglocken läuten lasse.

Besonders wichtig für die kaiserliche „Weltpolitik“ war der Kredit der städtischen Bankhäuser und Handelsunternehmungen, die Darlehen der Fugger, Welser, Paumgartner, Höchstetter, Gossembrot, Herwart u. a., die nicht selten eine ganz andere politische Richtung verfolgten als die übrige Stadtgemeinde. Ihre Aufgeschlossenheit und Weltweite kamen den großen Plänen des Kaisers meist entgegen. Insbesondere zeigten sich die Fugger bereit, die kaiserliche Kriegspolitik mit den nötigen Anleihen zu unterstützen, wenn sie nur durch gute Pfänder, Bergwerke oder anderes Kammergut, gesichert waren. Daß ihnen der Kaiser dafür Handelsprivilegien, Monopole, etwa den verhaßten „Fürkauf“, zugestand, machte allerdings viel böses Blut. Ihre Riesenvermögen hoben diese Geldleute aus der städtischen Gemeinschaft eigentlich heraus. Die beharrlichen Klagen der Öffentlichkeit gegen diese „Wucherer“ führten auf dem Kölner Tag (1512) sogar zu einem Verbot des Fürkaufes, das indes völlig wirkungslos blieb, da der Kaiser wegen seines ständigen Geldbedarfes auf den Kredit der Handelshäuser nicht verzichten konnte.

Da die Städte seine wichtigsten Geldgeber waren, versuchte sie der Kaiser wirtschaftlich zu fördern, wie er konnte – vielleicht gerade, weil er sie politisch gegen die Fürsten öfter im Stiche lassen mußte. Er gewährte ihnen Wochen- und Jahrmärkte, Privilegien zur Abhaltung großer Messen –

etwa für Leipzig 1497 und 1507 – außerdem Stapelrechte, welche ihnen oft große Vorteile einbrachten. Diese Maßnahmen zeigen eine konsequente Linie der Stadtpolitik, die Maximilian sowohl im Reich wie in seinen Erbländern einschlug, die gewiß nicht wenig zum wirtschaftlichen Aufstieg der deutschen Städte im 16. Jahrhundert beigetragen hat.

Das wachsende Selbstbewußtsein der Städte äußerte sich auch in den Verfassungskämpfen, die manche Bürgerschaften besonders gegen ihre geistlichen Stadtherrn austrugen. Neue stadtbürgerliche Forderungen begannen gegen altüberlieferte stadtherrliche Rechtsansprüche Sturm zu laufen. Den bekanntesten, langwierigsten und heftigsten Streit dieser Art führten die Bürger von Worms gegen ihren Bischof. Ähnliche Verfassungskämpfe tobten auch in Speyer, Köln, Aachen, Konstanz, Salzburg u. a. In Österreich dagegen blieben die Städte zu Maximilians Lebzeiten noch durchaus ruhig. Wurde der Kaiser angerufen, so fiel ihm die Entscheidung nicht leicht. Einerseits gehörten die Städte zu seinen leistungsfähigsten Geldgebern, anderseits waren die Bischöfe und Prälaten meist treue Gefolgsleute des Kaisers gegen die Übergriffe der weltlichen Fürsten. Maximilian entschied da stets nach der augenblicklichen Lage – aber eher zugunsten der Fürsten und Stadtherrn als der Städte. Mit Recht klagten die Nürnberger, daß der „Sperber“ (Maximilian) eben zu den Fürsten halte. Die Fürsten durften sich manchen Übergriff erlauben, wie die Fälle von Nürnberg, Boppard oder Weißenburg zeigen, während der Kaiser in anderen Fällen nicht zögerte, mit eigenen Mannschaften oder Hilfstruppen befreundeter Fürsten zu intervenieren.

Städtische Freiheitsbewegungen waren Maximilian im Grunde widerwärtig. Der Aufstand der Wiener und die Belagerung der Hofburg, die er als Kind miterlebt hatte, die Rebellion der flandrischen Städte, vor allem die eigene Gefangenschaft in Brügge (1488), waren ihm peinliche Erinnerungen. Die Stadtrepublik Venedig, „ein Staat ohne Adel und Ehrbarkeit“, schien ihm wider alle göttliche Ordnung. Seine österreichischen Städte, vor allem Wien, hielt er in strenger stadtherrlicher Abhängigkeit, so daß dort zu seinen Lebzeiten größere Unruhen nicht aufkommen konnten. Die Reichsstädte, die sich als Stützpunkte des Kaisers – wenn auch ungleichmäßig – über das ganze Reich verteilten, suchte er gegen Übergriffe benachbarter Fürsten zu schützen, beim Reich zu erhalten, alte Verpfändungen einzulösen und neue zu verhindern.

Im Innern der Reichsstädte unterstützte der Kaiser eher das Regiment der alten Geschlechter, die meist auch seine Geldgeber waren, gegen die rebellischen Zünfte oder gar gegen den städtischen „Povel“. Für die Pfahlbürgerpolitik, das Ausgreifen der Städte auf das flache Land auf Kosten der Grundherrschaften hatte er nichts übrig. Maximilian lag daran, die oligarchischen Verfassungen der Städte zu schützen, was er durch wiederholte diplomatische oder bewaffnete Interventionen bewies.

Gerade zu seiner Zeit gab es in den Städten starke Spannungen zwischen großbürgerlichen Unternehmen, kleinbürgerlichen Gewerbetrei-

benden der Zünfte und dem sogenannten „Stadtpovel“, der Masse von Inwohnern, Tagelöhnern, Gesindeleuten und Gesellen, denen eine versteuerte alte Ordnung den wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg versperrte, die mit den unzufriedenen Bauern außerhalb der Mauern „geheimbündelten“ und da oder dort eine kurze Schreckensherrschaft aufzurichten vermochten. Diesen kleinen Leuten galt der ferne Kaiser, zumal der leutselige Maximilian, als der Befreier, obgleich er innerlich solche Bewegungen völlig ablehnte.

Der Kampf der Zünfte um ihr Recht ist in dieser Zeit allenthalben noch in vollem Gang. Die Handwerker forderten bürgerliche Gleichberechtigung, volle Ratsfähigkeit, Einschau in die städtischen Finanzen, Mitbestimmung über Steuern, Zölle und alle wichtigeren Stadtanliegen. Die Streitpunkte beweisen, daß es im allgemeinen weniger um Fragen des nackten Lebens ging, als vielmehr um Stand und Geltung. Die Zünfte kämpften in geordneten Verbänden, die sich durch den sogenannten „Stadtpovel“ fallweise verstärkten, ohne sich um dessen Wünsche weiter zu kümmern. Es waren meist Rebellionen von recht wohlhabenden, selbstbewußten Handwerkern – nicht selten beraten von Stadtschreibern, Schulmeistern oder rebellischen Klerikern – gegen die Vorrechte der alten Geschlechter, vielfach auch schon gegen den reichen Klerus, vor allem dann, wenn er die Stadt beherrschte. Wo immer der Kaiser in innerstädtische Wirren eingriff, versuchte er auch die Zünfte durch mäßige Zugeständnisse zu beruhigen, im allgemeinen aber das Regiment der alten Geschlechter zu erhalten.

Städtische Rebellionen hatten gegen Ende des 15. Jahrhunderts in den niederländischen Städten (Gent, Brügge, Utrecht u. a.) bereits einen Höhepunkt erreicht und dem jungen Maximilian übel mitgespielt, der gegen Bürgerkriege dieser Art eine tiefe Abneigung hegte. Über Lüttich, Aachen, Köln, Worms, Speyer erreichte die Aufstandsbewegung um die Jahrhundertwende den deutschen Westen, erfaßte auch Mittel- und Norddeutschland, Franken, Schwaben und setzte sich der Donau entlang nach Österreich fort. Seit Beginn des großen Venezianerkrieges begannen sich diese innerstädtischen Unruhen infolge der fortschreitenden Auflösung der inneren Ordnung des Reiches merklich zu verstärken. Der Kaiser, nicht nur durch den Krieg in Italien, sondern auch durch die Reichsverfassung gebunden, vermochte nur selten wirksam einzuschreiten.

In *Aachen* erhoben sich 1513 die Zünfte gegen die Stadtregierung der Geschlechter, so daß der Kaiser zugunsten der Vertriebenen eingreifen und den Frieden wieder herstellen mußte. Die Volksbewegung erfaßte auch Neuß am Rhein, wo der Erzbischof von Köln im ureigensten Interesse und zum Vorteil des Kaisers den Frieden vermittelte.

Auch in *Köln* gab es Streitigkeiten zwischen der Bürgerschaft und dem Erzbischof um die Zuständigkeit des geistlichen und weltlichen Gerichtes, um wirtschaftliche Vorrechte und Regalien; daneben auch innerstädtische Spannungen zwischen Zünften und herrschenden Geschlechtern, die 1513

zum offenen Aufstand, zu Plünderungen, Vertreibungen und Hinrichtungen führten, bis der Kaiser die alte Stadtverfassung wiederherstellte.

Worms war der Musterfall der Auflehnung einer selbstbewußten Bürgerschaft gegen die traditionellen politischen und wirtschaftlichen Vorrechte ihres Bischofs und ehemaligen Stadtherrn. Der Wormser Streit, der sich durch Jahrzehnte hinzog, erregte bereits während des großen Reichstags (1495) Aufsehen im ganzen Reich. Das formale Recht stand zweifellos beim Bischof; aber seine Herrschaftsrechte entsprachen längst nicht mehr den veränderten Zeitverhältnissen. So groß war der Pfaffenhaß, daß man Bischof und Klerus zeitweilig sogar aus der Stadt vertrieb.

Maximilian aber gab – je nach der Lage – bald dem Bischof, bald den Bürgern recht. Da der Klerus mit Hilfe des Kaisers und des Kammergerichtes der aufsässigen Erbbürger nicht Herr zu werden vermochte, verband man sich mit dem Kleinbürgertum der Zünfte, das man gegen die überhebliche Herrschaft der Geschlechter und der Juristen leicht aufwiegen konnte. So kam zum Kampf gegen die geistliche Stadtherrschaft auch noch der Bürgerkrieg, der mit größter Grausamkeit geführt wurde und den der Kaiser nur durch ein österreichisches Aufgebot mit Reichsacht, Schwert und Galgen unterdrücken konnte (1514). Erst der Überfall Sickingens einigte die zerstrittenen Wormser Bürger gegen den auswärtigen Feind (1515).

Der Pfaffenhaß war in Worms durch den jahrzehntelangen Krieg gegen die geistliche Stadtherrschaft so tief verwurzelt, daß Luther für sein erstes öffentliches Auftreten keinen besser vorbereiteten Boden hätte finden können.

Bereits lange vor der Reformation fanden weltliche Fürsten immer öfter Geschmack daran, benachbarte geistliche Herrschaften zu säkularisieren und ihren Ländern einzuverleiben. Noch auf dem Wormser Tag (1495) suchten Kurfürsten und Fürsten dem König einzuflüstern, daß man auf diesem Weg fortfahren solle. Auf solche Art versuchte Pfalzgraf Philipp bei Rhein, mit Hilfe seines Marschalls Hans von Trott die Reichsabtei *Weißenburg* im Elsaß einzuziehen. Da die Reichsstadt mit dem Stift in engster Verbindung stand, geriet auch sie in diese Fehde. Maximilian setzte sich entschieden für die Erhaltung der Reichsabtei und der Rechtsstadt ein, ohne von den Reichsständen wirksam unterstützt zu werden, die den Pfälzer fürchteten. Gewiß fehlte es der Reformpartei nicht an gutem Willen, aber stets gab es schwere Bedenken, wenn ein Großer seine Forderungen stellte. Die Rechtsabtei war erst gerettet, als Maximilian den Pfalzgrafen im Bayerisch-Pfälzischen Krieg besiegte (1504).

Auch im Falle der verpfändeten Reichsstadt *Boppard am Rhein* bemühte sich Maximilian die Reichsrechte zu wahren. Die Stadt war bereits von König Heinrich VII. dem Erzbischof von Trier verpfändet worden, wollte nun aber die geistliche Obergewalt abschütteln. Sie ließ sich hinreißen, die erzbischöflichen Amtleute zu vertreiben, um ihre Reichsfreiheit wiederherzustellen. Da fiel der Erzbischof, von den Nachbarfürsten unterstützt, ohne sich um König, Landfrieden oder Kammergericht zu kümmern, über die

aufsässige Stadt her und unterwarf sie wieder seiner Pfandherrschaft. Der König, der keine Vollzugsgewalt besaß, Reich und Reichsversammlung erwiesen sich als ohnmächtig, den Rechtsweg zu erzwingen. Wäre es in der Zeit der Reichssteuerreform nicht möglich gewesen, die alte Reichsstadt einfach aus der Trierer Pfandherrschaft freizukaufen und so der Stadt, dem Erzbischof und dem Reich gleichermaßen Recht zu tun?

Ähnlich wie in Worms gab es auch in *Speyer* wütende Kämpfe der Bürgerschaft gegen die geistliche Stadtherrschaft. Hier suchten die aufsässigen Bürger sehr bald Anschluß an die bäuerliche Aufstandsbewegung des Bundschuh außerhalb der Stadtmauern (1502). Dazu kamen später wütende Ständekämpfe zwischen den herrschenden Geschlechtern und den Zünften, die nur durch ein österreichisches Aufgebot zugunsten des Bischofs und der Patrizier entschieden werden konnten (1512).

In der nahen Reichsstadt *Landau* vermochten die Bürger, mit Hilfe des Kaisers die Pfandherrschaft des Bischofs von Speyer abzuschütteln und die Reichsunmittelbarkeit wiederherzustellen – der einzige Fall, daß der Kaiser eine Reichsstadt aus der Verpfändung freikaufen konnte. Die Auseinandersetzung zog sich von 1508 bis 1517 hin.

Vom Mittel- und Niederrhein griff die Bewegung auch auf die Städte Mittel- und Norddeutschlands über, wo es für den Kaiser noch schwieriger war einzugreifen. Besonders gefährlich waren die Kämpfe zwischen Kurmainz und Kursachsen um die Stadtherrschaft in *Erfurt* – Kämpfe, die sich leicht zu einem großen Krieg hätten auswachsen können; sie erreichten nach 1510 einen Höhepunkt. Die von Mainz unterstützten Zünfte, verstärkt durch Studenten und arme Leute, erhoben sich gegen die verhaßte Geschlechterherrschaft, die eine üble Finanzwirtschaft geführt hatte. Es wurde gestürmt, verhaftet, prozessiert, gefoltert, geblendet, gevierteilt, geköpft, gehenkt und vertrieben.

Kursachsen nahm sich des vertriebenen alten Stadtrates an. Innere Wirren und auswärtiger Krieg gingen ineinander über. Kaiser und Kammergericht griffen zwar ein, vermochten aber den Frieden nicht herzustellen, weil sie gegen zwei so große Streitparteien wie Mainz und Sachsen nichts ausrichteten. Der Einsatz des Schwäbischen Bundes aber hätte zwangsläufig einen großen Krieg in Mitteldeutschland heraufbeschworen. Als die sächsische Partei schließlich in der Stadt die Oberhand gewann und die Geschlechterregierung zurückkehrte, lenkte sie die Volkswut geschickt gegen die Mainzer „Pfaffen“. Die Gegensätze zwischen Mainz und Sachsen und ihren innerstädtischen Parteigängern mündeten unmittelbar in die Glaubenskämpfe der einsetzenden Reformation.

Auch im nahen *Schweinfurt* kämpften die Zünfte gegen die Schuldenwirtschaft und die Steuerpolitik der Geschlechter (1513). Hier vermochte der Kaiser durch das bewaffnete Aufgebot der benachbarten Fürsten die Ruhe wiederherzustellen.

Um die gleiche Zeit wurde auch *Göttingen* von Unruhen erfaßt. Auch dort hatten die Stadtväter versucht, die aufgelaufenen Schulden durch

neue Steuern abzutragen, was sich die Zünfte nicht gefallen ließen. Sie erzwangen sich den Eintritt in den Rat, forderten Rechenschaft über die Stadtverwaltung der letzten Jahrzehnte und entdeckten Unregelmäßigkeiten in der Finanzgebarung. Der „Povel“ stürmte das Rathaus, um die Schuldigen herauszuholen (1514). Einige Ratsherrn mußten flüchten. Aber Rat und Zünfte glichen sich schließlich aus und versprachen sich gegenseitig Burgfrieden.

Ähnliche Zwistigkeiten zwischen Ehrbarkeit und Zünften gab es in *Höxter*, wo der Kaiser eingriff, indem er Beschränkung der Rechte des alten Regiments und Überprüfung der Finanzen anordnete. Auch in *Neuß* forderte die Gemeinde das Recht, die Finanzverwaltung zu überwachen, was vom Kaiser unterstützt wurde.

Vom Oberrhein aus griff die Bewegung auf Schwaben, Bayern und Salzburg über. Österreich blieb davon diesmal fast unberührt.

Eher harmlos sah dieser „Klassenkampf“ in *Schwäbisch-Hall* aus. Die selbstbewußten Handwerker beschwerten sich, daß ihnen der Eintritt in die Trinkstube der alten Geschlechter verwehrt werde; diese wieder wollten es in ihrer Überheblichkeit nicht einmal dulden, daß sich die Zünfte ihre eigene Stubengesellschaft für „gemeine Ratsherrn und ehrbare Bürger“ einrichteten. Eine kaiserliche Kommission setzte sich zunächst für die Vorrechte der alten Geschlechter ein – selbst die neue Trinkstube der Zünfte wurde aufgehoben und noch einiges mehr: sie wollten mit den Köpfen der Handwerker auf dem Markte kegeln, brüsteten sich die Geschlechter. Aber die Zünfte wandten sich nun an Maximilian persönlich. Eine zweite kaiserliche Kommission stellte unter dem Druck der Handwerker, die sich mit der städtischen Armut verbündeten und das Rathaus belagerten, das Recht der Zünfte wieder her (1511).

Ein Sonderfall war *Konstanz*, das mit dem Gedanken spielte, zur Eidgenossenschaft überzutreten. Nach dem Abfall von Basel (1501) wollte Maximilian wenigstens diese Stadt dem Reich erhalten, die während des Schweizer Krieges (1499) einen Hauptstützpunkt gebildet hatte. Die Lage war umso schwieriger, weil der Konstanzer Bischof, ein geborener Eidgenosse, und mit ihm die großbürgerliche Ehrbarkeit entschieden für die Schweiz eintraten. Hier verband sich der Kaiser wieder mit der Kleinbürgerschaft der Zünfte, welche die Partei des Reiches nahm. Er rückte mit seinen Truppen in die Stadt ein, verschaffte seinen Anhängern durch eine neue Verfassung die Mehrheit im äußeren und inneren Rat und ließ die Anführer der Schweizer Partei gefangensetzen. Er führte schwere Artillerie heran und legte rings um die Stadt starke Befestigungen an. Zum Zeichen der Reichszugehörigkeit hielt er in Konstanz 1507 einen großen Reichstag ab, sodaß es der Bischof nicht mehr wagen konnte, gegen Kaiser und Reich aufzutreten. Um diese stets gefährdete Grenze noch besser abzusichern, erwirkte der Kaiser auch den Übergang der recht verwahrlosten Reichsabtei Reichenau in seine unmittelbare Verfügungsgewalt.

Auch im Städtchen *Kempten* gab es Streit mit der benachbarten Abtei

(1494), die seit alters die Stadtherrschaft innehatte. Auch hier tobte durch Jahrzehnte der Kampf zwischen traditionellen Rechtsauffassungen und „fortschrittlichen“ Forderungen. Es ging um die Bestellung des Stadtrates, des Ammans, um Gerichtshoheit, Regalien, Mauten, Zölle, Maß und Gewicht; ja, man wollte dem Abt und seinen Mönchen gelegentlich sogar den Besuch der Stadtkirchen verbieten. Hier stellte sich der Kaiser wieder eher auf die Seite der Stadt. Ganz offensichtlich versuchte er, Kempten der österreichischen Gerichtsbarkeit zu unterstellen, um daraus allmählich eine österreichische Stadt zu machen. Der Kaiser verhielt sich nicht viel besser als die Reichsfürsten, wenn es um seinen eigenen Vorteil auf Kosten geistlicher Fürsten ging.

Auch in *Ulm* gab es Kämpfe der Zünfte gegen die Vorrechte der alten Geschlechter, deren Steuerprivilegien und Finanzwirtschaft. Es kam zu Drohungen und Volksaufläufen, sodaß einige Stadtväter Ulm verlassen mußten (1512). Da man fürchtete, daß die Flüchtlinge eine auswärtige Macht gegen die Stadt aufbieten könnten, und eine Erhebung des „Povels“ auch die Zünfte bedrohte, fand man bald einen Ausgleich, um den Frieden wiederherzustellen. Ähnlich war es in *Nördlingen*.

Augsburg und *Nürnberg* waren wohlgeordnete Gemeinwesen und so fest in der Hand der aristokratischen Geschlechter, daß stärkere Volksbewegungen nicht hätten aufkommen können. Auch hatten sie immer wieder entweder den Kaiser oder die Reichstage oder Reichsbehörden in ihren Mauern. Vielleicht war in diesen blühenden Stapelplätzen der süddeutschen Wirtschaft auch die materielle Lage besser als anderswo; die geistigen Spannungen waren gewiß nicht geringer, wie die aufbrechende Reformation zeigen sollte. Die Humanisten rühmten die Verfassung und Verwaltung dieser bürgerlichen Aristokratien – zweifellos reichlich übertrieben – als so hervorragend, daß sie die Bevölkerung in Zufriedenheit und Gehorsam zu halten wüßten. Augsburg war übrigens ein Lieblingsaufenthalt des Kaisers. Er besaß ein Haus in der Stadt und hörte es gerne, wenn man ihn scherzweise den „Bürgermeister von Augsburg“ nannte.

Ein eigenartiger Fall war *Regensburg*, das schon Friedrich III. und Maximilian nur mit Mühe gegen den Zugriff Bayerns als freie Reichsstadt verteidigen konnten. Diese Machtkämpfe warfen hohe Wogen in das innerstädtische Leben, führten zu zeitweiligen Ausbrüchen der Volkswut, zu Judenverfolgungen, zu kleinbürgerlicher Schreckensherrschaft, die zahlreiche Tote kostete und auch vom kaiserlichen Reichshauptmann kaum gebändigt werden konnte.

Seit 1502 erwachten auch in *Salzburg* wieder die alten Streitigkeiten zwischen Bürgerschaft und Erzbischof um Gerichtsbarkeit, Verwaltung und Wirtschaftsrechte, die in ihrer Heftigkeit und Dauer fast an den Wormser Streit erinnern. Maximilian als Schiedsrichter angerufen, schwankte, je nachdem, ob er das Geld des Erzbischofs mehr oder weniger brauchte. Der Erzbischof hingegen, besorgt, die Bürger könnten die Stellung einer freien Reichsstadt anstreben, griff zur Gewalt und ließ den gesamten Stadtrat

verhaften, einen neuen Bürgermeister wählen und die geistliche Stadtherrschaft wiederherstellen (1511). Der Kaiser ließ die Sache gut sein, weil ihm der Erzbischof doch näher stand; außerdem konnte ihm auch ein größerer Bürgeraufstand an den österreichischen Grenzen nicht angenehm sein.

In den österreichischen Städten stand es im allgemeinen anders. Sie unterlagen strengen stadtherrlichen Bindungen. Wiens Reichsfreiheit im 13. Jahrhundert war bekanntlich nur von kurzer Dauer gewesen. Auf österreichischem Boden konnten sich seither reichsfreie Städte nicht mehr entwickeln. Was zu Maximilians Zeiten in den rheinischen, schwäbischen und fränkischen Städten an der Tagesordnung war, konnte in den österreichischen Städten nicht aufkommen. Die Ansätze einer stärkeren stadtbürgerlichen Selbstverwaltung wurden vom Kaiser offensichtlich zurückgestutzt. Dafür hatten u. a. auch die neueingeführten Regimente zu sorgen, denen die Städte unterstanden. Auch der fortschreitende wirtschaftliche Verfall, wie er unter dem Druck des österreichischen Faustrechtes und der Ungarnkriege schon seit der 2. Hälfte des 15. Jahrhunderts einsetzte, zumal die schweren finanziellen Belastungen der Städte durch Maximilian schwächten deren Widerstandskraft. Unterschiede des Vermögens und des politischen Einflusses zwischen Zünften und Erbbürgern, Ständekämpfe, wie sie in den deutschen Städten zu dieser Zeit allgemein waren, spielten in Österreich eine geringe Rolle. Scharfe Spannungen und Entladungen sind hier kaum festzustellen. Dazu sollte es erst unter dem Druck des neuen landesfürstlichen Beamtensystems und jahrzehntelanger steuerlicher Überlastung nach des Kaisers Tod kommen.

Wien hatte unter den politischen Wirren der letzten Jahrzehnte wirtschaftlich schwer gelitten und war etwa gegenüber Augsburg um ein Vielfaches zurückgefallen. Die bekannten Behinderungen des Osthandels, die Störungen des Italiengeschäftes durch den Venezianerkrieg hatten es dahin gebracht, daß Wien am großartigen Aufschwung des süddeutschen Handels keinen spürbaren Anteil mehr nehmen konnte. Unter dem Eindruck der Kölner Reichstagshandlungen (1512) vermochten die Wiener zwar für kurze Zeit die Ausweisung fremder Kaufleute und Handelsgesellschaften durchzusetzen, aber schon 1515 wurden deren Niederlagsrechte wieder hergestellt, den Fremden der Großhandel wieder gestattet und die Einheimischen auf den Kleinhandel abgedrängt. Maximilian beschnitt die Prägerechte der Münzer Hausgenossen, die seit Jahrhunderten ein wirtschaftliches Machtsymbol der Stadt darstellten. Der Kaiser war auch nicht geneigt, den Rückgang des Wiener Handels anzuerkennen und die Steuerleistungen der Stadt zu ermäßigen. Er bestätigte zwar die alten Privilegien, wollte aber von neuen Zugeständnissen nichts wissen. 1517 erhielt Wien ein neues Stadtrecht mit zahlreichen Beschränkungen, das den Übergang zur absoluten landesfürstlichen Stadtherrschaft vorbereitete.

Der Universität allerdings, die er dem Humanismus öffnete und mit berühmten Lehrern besetzte, brachte der Kaiser größtes Interesse entgegen.

Mit einigen tausend Studenten war sie doch auch wirtschaftlich ein gewisser Ersatz für den fehlenden Hof. Wien war gewiß nicht erfreut, daß auch der Sitz des neuen Regimentes und der Kammer bald nach Enns, bald nach Linz oder gar nach Schärding verlegt wurde, was aber in der jeweiligen politischen oder militärischen Lage die Hauptursache hatte.

Es gibt keinen Beweis dafür, daß Maximilian Wien weniger geliebt habe, wie öfter behauptet wird. Gewiß war Wien unruhiger als andere österreichische Städte und erweckte vielleicht ungute Erinnerungen. Entscheidend war, daß die Stadt für seine politischen Planungen, die vorzüglich um den Westen, um Burgund, Italien, Frankreich und Spanien kreisten, einfach zu sehr am Rande lag. Dies ist der einzige Grund, warum der Kaiser seltener in Wien erschien und Innsbruck bevorzugte, das mehr im Mittelpunkt des habsburgischen Länderverbandes lag. Mag sein, daß sich die Stadt dadurch vernachlässigt fühlte, was auch zum Aufstand von 1519 beigetragen haben könnte, der mit dem Wiener Neustädter Blutgericht von 1522 und der neuen absolutistischen Stadtordnung von 1526 endete.

Graz, das unter Friedrich III. Hauptstadt gewesen war und gute Zeiten erlebt hatte, ging nach Abwanderung des Hofes und unter ständigem Druck der Türkengefahr raschem wirtschaftlichen Verfall entgegen. Das Kapital flüchtete größtenteils nach dem sicheren Westen und beschränkte sich hier auf jene flüchtigen Geschäfte, die keiner kostspieligen Anlagen bedurften. Die Stadt wurde zu einem Hauptstützpunkt der südöstlichen Grenzverteidigung ausgebaut, erhielt ein großes Zeughaus und bewahrte ihren Festungscharakter auch nach der Wiederkehr des Hofes, solange die Türkengefahr bestand. Soziale oder politische Spannungen größeren Ausmaßes konnten in einer Festung bekanntlich niemals geduldet werden.

Innsbruck galt als die eigentliche kaiserliche Residenz, als Hauptstadt nicht nur der österreichischen Länder, sondern auch des Reiches, obwohl sie mit ihren 4000 bis 5000 Einwohnern nach unseren heutigen Vorstellungen eher eine Kleinstadt war. Aber ihre Verkehrslage im Schnittpunkt der großen Straßen, im Mittelpunkt der universalpolitischen Planungen des Kaisers gab ihr den Vorzug vor Wien.

Der dauernde Aufenthalt eines recht ansehnlichen Hofes hat sich auf die kleine Stadt sehr wohl­tätig ausgewirkt. Weilte auch der Kaiser selber nicht immer in Innsbruck, so doch dessen Gemahlin, später die sogenannten „Königinnen“ Anna und Maria; außerdem die oberösterreichischen Behörden mit ihren Beamten und Dienern und ein Teil der Hofbehörden, soweit sie nicht mit dem Kaiser unterwegs waren.

In Innsbruck wurde unter Maximilian mehr gebaut als in irgendeiner österreichischen Stadt. Der Kaiser ließ die neue Burg, den sogenannten „Mitterhof“ mit großen Höfen und Stubenhäusern erneuern, wie wir sie aus Dürers Aquarellen kennen. Leider wurde sie später als „gar melancholisch und altfränkisch“ empfunden und abgetragen. Der prächtige Wappenturm Kölderers, der sich an der Wiener Neustädter Wappenwand an-

geregelt hatte, wurde errichtet. Die alte Residenz Erzherzog Sigismunds, inmitten der Altstadt, erhielt das „Goldene Dachl“ aufgesetzt und hatte die Hofkammer, die zugehörigen Schatzgewölbe und auch die Regierung aufzunehmen. Unweit davon errichtete eine selbstbewußte Bürgerschaft den Stadtturm. Auch St. Jakob, damals zugleich Hofkirche, wurde erneuert und – nebenbei erwähnt – der Friedhof in die Neustadt verlegt; dafür wurde sogar Erde aus den Märtyrergräbern in Rom herangeführt und zwar so viel, daß sich die Wiener darüber ärgerten und forderten, es dürfe für ihren neuen Friedhof nicht weniger römische Erde sein, denn Wien sei ja viel größer als Innsbruck. An dieser Kleinigkeit mag man die Rivalität der beiden Städte erkennen.

Arbeit, Brot und Verdienst gab es in Hülle und Fülle. Dafür sorgten nicht nur der Hof und die Behörden. Innsbruck besaß auch ein altes Niederlagsrecht und damit das ganze Fuhrgeschäft über den Brenner. Die Stadt bildete den Mittelpunkt eines Post- und Botennetzes, das ganz Mitteleuropa umspannte. Das Zeughaus mit den angeschlossenen Rüstungswerkstätten, Geschützgießereien, Harnischschlägereien, Schwertfegereien u. a. vergab viel gutbezahlte Arbeit. Vom blühenden Baugeschäft war die Rede. Die ständige Nachfrage nach fleißigen Händen förderte zweifellos gute Löhne und überdurchschnittlichen Wohlstand.

Von sozialen Spannungen ist nichts zu spüren. Die Stadt erfreute sich zweifellos einer gewissen sozialen Ausgeglichenheit. Neben ansehnlichem Reichtum gab es beruhigenden mittleren Wohlstand und offenbar nur wenig Armut. Auch mit der Armenfürsorge dürfte es hier besser gestellt gewesen sein als anderswo. Das alte Spital ließ der Kaiser erneuern und durch Zuwendungen fördern. Die Raitbücher verzeichnen einen stehenden Posten für „Almosen“, die wohl größtenteils in der Hauptstadt verteilt wurden.

Auch die Beziehungen zwischen städtischer Selbstverwaltung und Regiment dürfte recht gut gewesen sein. Selbstverständlich hatte Innsbruck freie Wahl des Bürgermeisters, des Rates und eigene Hochgerichtsbarkeit. Auch von innerstädtischen Reibereien zwischen Groß und Kleinbürgern, zwischen Bürgerschaft, Beamten und Stadttadel ist nichts zu hören. Noch der Tiroler Landreim von 1558 rühmt die reiche Wirtschaft und die große Eintracht im Rat und in der Bürgergemeinde als besonderen Vorzug dieser Stadt. So erfreute sich Innsbruck großer innerer Ruhe und eines überdurchschnittlichen Wohlstandes. Die großen süddeutschen Bankhäuser unterhielten in Innsbruck eine Geschäftsstelle, die Wendel Yphofer führte, sodaß nicht nur den Kaufleuten, sondern auch der Raitkammer stets der nötige Kredit zur Verfügung stand. Der Reichtum zeigte sich auch im äußeren Stadtbild, das von Besuchern wie Antonio de Beatis (1517) u. a. besonders gelobt wird.

Neben Augsburg hat sich der Kaiser in Innsbruck wohl am häufigsten aufgehalten. Offensichtlich liebte er diese Stadt; daher auch die große Enttäuschung über die Innsbrucker Wirte, die ihm während seines letzten

Aufenthaltes (1518) seinen Troß wegen alter offener Rechnungen nicht in ihre Stallungen aufnahmen. Gerade an diesen Wirtshausrechnungen kann man ersehen, wieviel die Stadt am Hof verdiente.

Innsbruck war, verglichen mit den anderen österreichischen Städten, damals wohl ein Ausnahmefall. Es hatte in der gesamten Entwicklung gewiß mehr mit den süddeutschen Handelsstädten Augsburg, Nürnberg u. a. gemeinsam als mit den Städten des österreichischen Ostens.